

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Bestellweg ohne Zustellgebühr monatlich 2,50 M., bei Zustellung unter Postband 4,50 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Monaten der Postzeitung für 1919 eingetragene

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 2905 und 2896.

Inhaltsstoffe des achtseitigen Nonparillenteils ober dem Raum 1,20 M., Wochenzeitung das entsprechende Wert 60 Pfg., jedes weitere Wort 25 Pfg. Leveragezahlung 50 Proz. Familien- und Veranlagungszeitung (Mit der Zeitung) frei. Inquirer für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19
Fernsprecher: Amt Norden 2708

Die Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Wahrheit über Bogels Flucht.

Die triumphierenden Offiziere.

„Liebliches Mörder. Seid Ihr noch alle da? Wie geht es denn mit der weiten Gesundheit? Habt Ihr die Wunde noch oben auf? Das ist recht. Bei den neuen Sicherheitsverhältnissen kann Euch zum Glück nichts passieren. Gute Besserung, das nächste Mal!“
(„Reichsblatte“, März und April 1919.)

Am 19. Mai ist der erstante Dessenlichkeit mitgeteilt worden, daß der im Prozeß gegen die Mörder Liebnachts und Luxemburgs zu 2 Jahren 4 Monaten Gefängnis verurteilte Oberleutnant Kurt Bogel am 17. Mai aus dem Hellensteinlager entflohen sei.

Ziel unglücklich darüber, daß zwei kostbare Tage verungangen waren, ehe die Verfolgung des entflohenen Mörders aufgenommen werden konnte, hat die Garde-Kavallerie-Schützen-Division daraufhin sofort eine tieferhaltene Aktion entfaltet, um des entflohenen Mörders habhaft zu werden.

Sie hat sofort für die Ermittlung des Bogel und des ihm beizulegenden Infanterieoffiziers oder für sachdienliche Angaben und Mitteilungen eine Belohnung von 3000 Mark ausgesetzt und auch den Führer des Kraftwagens, in dem Bogel aus dem Hellensteinlager abgeholt worden ist, aufgefordert, sich zu melden. Daß alle ihre Bemühungen nach Feststellung des Verbleibs von Bogel bisher ergebnislos waren, liegt deshalb wahrlich nicht an ihr, sondern an dem armen Geschick des ausgeflohenen Bogel, der alle Spuren seiner Flucht zu vertilgen imstande war. So teilt also der Kriegsgerichtsrat Spatz, in dessen Händen die Untersuchung der Flucht des Bogel liegt, das traurige bedauernde Schicksal seines Kollegen Forns, der auch nicht imstande war, den Furd an Liebnacht und Luxemburg anzubekommen.

Wann bedenklich, wie geschickt Bogel seine Flucht einleitete hatte und wie schwierig seine Verfolgung war. Er entflohen bereits am 17. Mai, aber leider mochte man erst zwei Tage später der Garde-Kavallerie-Schützen-Division Mitteilung von der Flucht, so daß sie seine Verfolgung erst aufnehmen konnte, als er bereits über alle Berge, oder besser ausgedrückt, durch alle Lüfte war. Denn Bogel machte es ja nicht wie ein gewöhnlicher Verbrecher, er entflohen ja nicht mit der Eisenbahn oder versteckte sich irgendwo, sondern er entflohen mittels Aluzena, wie uns durch eine von der Garde-Kavallerie-Schützen-Division unterrichtete Referatkorrespondenz mitgeteilt wurde. Er hatte auch nicht die Schwierigkeiten mit der Verfolgung eines Passiers, die sonst für jeden gewöhnlichen Verbrecher, insbesondere für jeden Nichtmörder entstehen, wenn er ins Ausland reisen will. Sondern wartete ja schon einige Tage vor seiner Verurteilung der kostbare Wagh auf den Namen Kurt Bellen, der er über seine Beziehungen zur Wache des Polizeipräsidenten verfügte.

So kam es denn, daß Bogels Flucht unahindert angeht konnte, trotzdem Genosse Dr. Eohn dem Kriegsministerium und der Reichsregierung schon am 14. Mai Mitteilung gemacht hatte, daß für Bogel bereits ein Paß auf den Namen Kurt Bellen ausgestellt sei. Aber da Bogel in Post war, hielt zwar der Kriegsminister weitere Sicherheitsmaßnahmen für überflüssig, dagegen ordnete der Herr Reichswehrminister Roske, der sich freute, eine Gefährlichkeit zu haben, bei der er seine Energie und seine Unparteilichkeit beweisen konnte, sofort an, daß die Nachricht für Bogel sei ein falscher Paß ausgestellt, nachgeprüft werde, sowie, daß alle vorbereitenden Maßnahmen zu treffen seien. Aber selbst dieser drastische Befehl, der allen Unterabteilungen Roskes Schrecken und Furcht einflößte, konnte Bogels Flucht nicht verhindern, ebenso wenig wie die strenge Antimobil-Kontrolle auf den Straßen, die wiederum vom Militär durchgeführt wird.

Die Aufklärung der Flucht Bogels wird aber vor allem auch deswegen furchtbar erschwert, weil nach einer Mitteilung der Garde-Kavallerie-Schützen-Division entgegen allen anderen Vermutungen „irgendwelche Betrüger“ in der betreffenden Dienststellen hierbei vollständig angeknüpft“ ist. Wäre das der Fall, so wäre die Aufklärung der Flucht leicht, denn auf Befragen würden die betreffenden Dienststellen sofort die volle Wahrheit sagen. So kommt es denn,

daß die Untersuchung der Flucht Bogels, die nach den Versicherungen der Garde-Kav.-Sch.-Div. „mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln auf das ergiebigste durchgeführt wird“, bisher noch zu keinem Ergebnis geführt hat.

Dieses traurige Schicksal der Garde-Kav.-Sch.-Div., das angeht ist, das Ansehen dieser um die Mörder Liebnachts und Luxemburgs so verdienten Körperlichkeit in der Dessenlichkeit zu schmälern, hat unser tiefstes Mitleid hervorgeufen, und so haben wir uns dem entschlossen, mit unseren heikelenen Kräfte an der Aufklärung der geheimnisvollen Flucht mitzuwirken.

Leider stimmen unsere Feststellungen mit denen der Garde-Kavallerie-Schützen-Division nicht überein, so daß wir nicht umhin können, unsere Kenntnis der Dessenlichkeit mitzuteilen. Vor allen Dingen wollen wir der Dessenlichkeit verraten, daß sich der Herr Oberleutnant Bogel wohlhaben bei der deutschen Gesandtschaft in Haaga befindet, an die ihn seine verehrten Freunde kundreich empfohlen haben. In Haaga wartet er nur auf den Abgang des nächsten Dampfers nach Argentinien.

In der gelungenen Flucht hat er sich, wie bereits mitgeteilt, das Paßes auf den Namen Kurt Bellen bedient, der ihm aber nicht von der Poststelle des Berliner Polizeipräsidenten, sondern von der Wache des Kriegsministeriums besorgt worden ist. Sollte die Reichsregierung und sollte insbesondere der Herr Reichswehrminister Roske Interesse für die näheren Umstände der Besorgung dieses Paßes haben, so empfehlen wir ihm eine kleine Anfrage bei seinem Freunde, dem Hauptmann Fajst, der darüber ebenso genau Auskunft geben kann wie seine Mitarbeiter im Edenhotel, die Herren Dr. Grabsowski und Baron Schön.

Diese Herren können auch darüber Auskunft geben, auf welche Weise es Bogel gelungen ist, zu entfliehen, denn sie haben das bei der Flucht gebrauchte Auto besorgt. Die es Auto gehörte dem Herrn Janschkow, an den die Dessenlichkeit sich ja wohl noch aus dem Prozeß gegen Bogel und die übrigen Mörder erinnert. Herr Janschkow war der Anführer, mit dessen Auto Kola Luxemburg besetzt geschafft wurde und der im Prozeß ein so auffälliges Interesse für die Reinwaschung Bogels von jeder Schuld bezeugte. Den Dank für diese verdienstvolle Tat hat Herr Janschkow jetzt bekommen, denn das Auto, mit dem Bogel entflohen ist, wurde ihm von der Garde-Kavallerie-Schützen-Division abgekauft und der Betrag dafür auf das Konto der Frau Klara Janschkow bei einer Depositenkassette auf dem Kurfürdendamm eingezahlt.

Sollten diese Mitteilungen über die Helfershelfer Bogels bei der Flucht noch nicht genügen, so empfehlen wir dem Herrn Reichswehrminister Roske, eine kleine Anfrage an die Wst. VIII der Garde-Kavallerie-Schützen-Division zu richten. Hier wird ihm der Hauptmann Janssen aus Betragen höchlich gern bestätigen, daß er es gewesen ist, der der Ehemiel der Division unter den gefälschten Aufweis, der zur Befreiung Bogels aus dem Hellensteinlager in Mosbit diente, gedrückt hat.

So merkwürdig es ist, daß alle diese Dinge dem Herrn Kriegsgerichtsrat Spatz, der die Untersuchung „auf das ergiebigste“ betreibt, verborgen geblieben sind, so wenig wundern wir uns darüber. Er teilt damit das bedauernde Schicksal seines Kollegen Forns, denn auch diesem war angeblich nicht bekannt, was alle Leute im Edenhotel wissen, daß der große Unbekannte, der auf dem Auto gefahren hat und den Bogel nicht nennen wollte, der Leutnant Suchonig ist, der als Zeuge im Prozeß aufgetreten ist.

Lassen wir nun alle Ironie beiseite. Nach unseren Mitteilungen kann es keinem Zweifel mehr unterliegen, daß die Flucht Bogels ein genau so abgekartetes Spiel war, wie die Ermordung Liebnachts und Luxemburgs und die Gerichtskomödie in Mosbit. Wie hier, bei alles geschehen ist, um die wahren Urheber des Mordes im Dunkel zu lassen und die Zusammenhänge zu verwischen, die zwischen den beiden Mordtaten und den Mörderen bestanden, so ist jetzt alles geschehen, um denjenigen beiseite zu schaffen, den vielleicht die Verbüßung der Strafe wegen konnte, diese Zusammenhänge aufzudecken und die wahren Schuldigen so zu bezeichnen, daß kein Edenhotel, kein Roske und keine „sozialistische“ Regierung sie zu schämen vermöchte.

Das Schandurteil von Konig.

8 Mann zum Tode, 42 zu längeren Gefängnisstrafen verurteilt.

Volks Bureau verbreitet folgende amtliche Meldung: In der Meldung der „Freiheit“ über die Todesurteile des Kriegsgerichts Konig vom 9. Mai ist zu bemerken:

1. Das Urteil ist nicht, wie die „Freiheit“ angibt, befristet erfolgt, weil die Leute sich weigerten, in den Grenzschutz einzutreten bzw. nach ein Jahr länger zu dienen, sondern wegen Meuterei in Verbindung mit militärischem Aufruhr. Wegen der gleichen Straftat wurden noch 42 Leute des Regiments zu längerer Gefängnisstrafe verurteilt, woraus hervorgeht, welchen Umfang diese Meuterei angenommen hatte.

2. Das Kriegsgericht Konig hat bereits am 9. Mai beschlossen, Gnadengesuche zu befürworten; über die Gnadengesuche entscheidet der Präsident des Reichsmilitärgerichts.

3. Es ist unrichtig, daß das Urteil dem Reichswehrminister Roske vorklegt. Der Reichswehrminister ist für die Befälligung nicht zuständig.

Das amtliche Demerk bekräftigt nicht nur in vollem Umfange unsere gestrige Meldung, es stellt noch darüber hinaus die Tatsache fest, daß außer den acht zum Tode verurteilten Soldaten weitere 42 zu längeren Gefängnisstrafen verurteilt wurden. Die Dikturteile gegen die Krieger-Rotosen erscheinen wieder im Vergleich mit dem Urteil des Koniger Kriegsgerichts.

Damals ging ein Schrei der Empörung durch ganz Deutschland und die Regierung Wilhelms II. sah sich zu auffälligen Rechtfertigungsreden im Reichstag gezwungen. Heute deckt die Regierung Scheidemann-Roske ein noch schlimmeres Urteil, indem sie die Entscheidung des Koniger Kriegsgerichts geheim hält und sich jetzt vor jeder Verantwortung zu drücken sucht. Schon am 9. Mai wurde das Schandurteil gefällt, doch der Dessenlichkeit wurde diese Tatsache vorenthalten. Hätten wir sie nicht ans Licht gezogen, so hätte sich noch jetzt keine amtliche Stelle um die Angelegenheit gekümmert.

Es ist kaum glaublich, es ist fast unfassbar: der „Vorwärts“, der doch ein Arbeiterblatt sein will und von Arbeitern noch gelesen wird, verteidigt dieses Urteil und greift uns an, weil wir es an das Licht der Dessenlichkeit gezogen haben!

Wir hatten gestern gesagt, daß die Gesamtarbeiterchaft gegen dieses unheimliche Urteil auf das härteste protestieren müsse; das Urteil zeige davon, daß der Militarismus sich wieder so fest stelle, wie in seinen schlimmsten Zeiten. Selbst wenn die acht Soldaten nicht wegen ihrer Weigerung, zum Grenzschutz zu gehen, zum Tode verurteilt worden sind, sondern wegen irgend einer anderen „Meuterei“, so müßte allein schon die Tatsache, daß noch Todesurteile gegen Soldaten verhängt werden können, daß die Militärjustiz jetzt noch schlimmer wütet als unter Wilhelm II., jedem, der sich nur ein wenig proletarisches Gewissen bewahrt hat, die Schamröte über solche Zustände ins Gesicht treiben.

Der „Vorwärts“ aber sagt folgendes dazu: Diese Verurteilung ist nichts anderes als eines der vielen reichen proletarischen Tendenzschriften, auf die sich die „Freiheit“ mit wachem Eifer hingeworfen hat.

Wann Infanterieregiment 175 in Gera! hatten acht Leute weitere 42 Soldaten zu einem phantastischen Zustand gegen ihre Offiziere verurteilt. Es wurden auf Grund des Meutereivertrages des Militärstrafgesetzbuches als Mädelwäger zum Tode verurteilt. Es ist kein wahres Wort daran, daß sie zum Selbstmord beim Grenzschutz gezwungen werden sollten. Bei der Urteilsverkündung am 9. Mai bei der Vorhänge den Leuten empfohlen, ein Begnadigungsgesuch einzureichen und das Gericht hat beschlossen, dieses Gesuch zu befürworten. Das Urteil ist vom Kriegsgericht nun noch nicht bestätigt, infolgedessen überhaupt noch nicht rechtskräftig. Am 10. Mai ist bereits verfügt worden, vor weiterer Behandlung dieses Urteils noch ein besonderes Rechtsgutachten eingeholt.

Der Reichswahrminister hat mit dieser ganzen Sache nichts zu tun. Er ist weder für die Bestätigung noch für die Begnadigung zuständig, noch liegt ihm das Urteil überhaupt vor. Das letzte Wort in dieser Angelegenheit liegt beim Präsidenten des Reichsmilitärgerichts.

Mindestens ist die „Freiheit“ hier abermals hereingelegt worden. Sie hat es natürlich unterlassen, darüber Erfindungen einzulegen, weil ihr sonst ein prächtiger Gehstoss entgangen wäre.

Man sehe sich die Einzelheiten dieser Darstellung an. Genau so wie früher wird hier von „ihren“ Offizieren gesprochen; der „Vorwärts“ nimmt also als selbstverständlich an, daß der Kadavergehoriam für die Proletarier im Waffentrost noch zu vollem Recht besteht. Kein Wort mehr von dem Recht des Soldaten, über sein Schicksal mitzubestimmen. Die Offiziere herrschen, sie kommandieren unumschränkt, sie sind Herr über Tod und Leben des „gemeinen“ Mannes.

Einen „phantastischen Aufstand“ sollen diese 50 Mann gegen „ihre“ Offiziere unternommen haben. Worin bestand dieser Aufstand? Warum wird darüber nichts näheres mitgeteilt? Wie verlief die Untersuchung und der Prozeß? Darüber erfahren wir nichts. Ist dem „Vorwärts“ ganz unbekannt, daß in den Novembertagen Millionen von Soldaten den Reutereiparagraphen des Militärstrafgesetzbuches verstoßen haben und daß sich die Ebert, Scheidemann, Noske und Konsorten beeilt haben, von diesen Soldaten sich die Ausübung der Macht übertragen zu lassen? Deutschland würde heute einen ungeheuren Kirchhof von dahingemordeten Soldaten bilden, wenn alle die zum Tode verurteilt worden wären, die damals sich gegen „ihre“ Offiziere vergangen haben. Und heute, kaum sechs Monate nach dieser Zeit, magt man es, den Reutereiparagraphen wieder hervorzuholen, um 42 Soldaten zum Tode, weitere 42 zu längeren Gefängnisstrafen zu verurteilen!

Kennzeichnend für den „Vorwärts“ ist aber nicht allein das, was er über diesen Fall sagt, sondern was er seinen Lesern unterkühlt. Er muß notgedrungen mitteilen, daß 8 Soldaten zum Tode, er verkündet, daß die anderen 42 Soldaten zu längeren Gefängnisstrafen verurteilt worden sind. Er weicht auch stillschweigend an der Tatsache vorbei, daß die Öffentlichkeit nichts über dieses Urteil, das bereits am 9. Mai gefällt worden ist, erfahren hätte, wenn wir es nicht pflichtgemäß and Licht gezogen hätten.

In der offiziellen Darstellung des Falles, ebenso wie vom „Vorwärts“ wird erklärt, daß der Reichswahrminister weder für die Verurteilung noch für die Begnadigung zuständig sei, das letzte Wort in dieser Angelegenheit liegt beim Präsidenten des Reichsmilitärgerichts. Früher ist das Begnadigungsrecht vom Kaiser ausüben worden; es hätte folgerichtig jetzt auf die Regierung übergehen müssen. Wenn die Regierung es jetzt dem Gerichtsherrn überläßt, so bedeutet das eine weitere Ungehörlichkeit. Und wenn der „Vorwärts“ auch dazu nichts zu sagen weiß, so ist das ein neues Zeichen dafür, daß ihm selbst das geringste Verständnis für die Forderungen der Revolution abgeht.

Wir überlassen es gern dem Urteil der Arbeiterschaft, ob wir hier „abermals hereingebracht“ worden sind. Die Tatsache steht fest, daß 50 Proletarier im Waffentrost zum Tode oder zu langen Gefängnisstrafen auf Grund der wilhelminischen Militärjustiz verurteilt worden sind. Die eigenen Anhänger des „Vorwärts“ empfinden das Bestehen der Militärjustiz ebenso wie wir als eine Schmach. Nur der „Vorwärts“ magt es, sie zu verteidigen!

Die deutschen Gegenwortschlüsse.

Berlin, 27. Mai.

Wolffs Bureau teilt mit: Wie verfaßt, gehen die deutschen Gegenwortschlüsse nicht auf alle Einzelheiten der gegnerischen Friedensbedingungen ein. Es geht das gesamte Friedenswerk auf eine neue Grundlage zu stellen. Gegenüber den rein mechanischen Sicherungen, die meist in gelassen Vernichtungen bestanden, stellt der deutsche Gegenwortschluß die organischen Sicherungen aus der Idee des Rechts und aus dem Prinzip der Gemeinsamkeit aller am Krieg beteiligten Völker. Den Widerstand, der darin lag, daß vom deutschen Volk eine ungeheuerliche Kontribution erhoben werden und ihm zugleich alle Möglichkeit genommen werden sollte, im Verlauf der Bearbeitung dieser Punkte wieder stark und konzentriert zu werden, suchen die deutschen Gegenwortschlüsse zu lösen.

Die Vorschläge beginnen mit dem Völkerbund. Der deutsche Entwurf hierzu enthält die grundsätzliche Zustimmung zu der Herabsetzung des deutschen Heeres auf 100 000 Mann und bietet auch noch die Abklärung sämtlicher Disziplinarverhältnisse an unter der Voraussetzung, daß dem deutschen Volk ein Teil der für seine Existenz unentbehrlichen Handelsflotte zurückgegeben werde. In die Spitze der territorialen Fragen

ist der Grundsatz gestellt, daß keine territoriale Veränderung stattfinden darf, ohne Befragung der von ihr betroffenen Bevölkerung; daß zweitens jede territoriale Regelung im Interesse und zugunsten der betroffenen Bevölkerung getroffen werden muß und nicht als Teil eines bloßen Ausgleichs oder eines Kompromisses der Ansprüche rivalisierender Staaten; drittens daß es sich um nationalrechtliche nationale Bestimmungen handeln muß. Von diesem Grundsatz aus wird die Abtretung Oberschlesiens mit Nachdruck abgelehnt. Das Gleiche gilt für die Ansprüche auf Ostpreußen und Westpreußen und vor allem auf Memel. Was Danzig anbelangt, so wird der konkrete Vorschlag gemacht, einen Freistaat in Danzig zu schaffen, der Neutralisierung der Weichsel zugestimmt und den Polen völlige Gleichberechtigung in der Benutzung der Verkehrsrichtungen zu gewähren.

Die besetzten Gebiete

sollen innerhalb sechs Monaten stückweise geräumt werden.

In Bezug auf die Kolonien geht der deutsche Vorschlag dahin, falls ein Völkerbund zustande kommt, in den Deutschland sofort als gleichberechtigtes Mitglied aufgenommen werde, die Verwaltung der Kolonien nach den Grundsätzen des Völkerbundes zu führen, gegebenenfalls als dessen Mandatar. Die Grenzbestimmungen werden abgelehnt, da nach den gegnerischen Vorschlägen die alliierten Mächtigkeiten und Richter zu gleicher Zeit wären, und der Vorschlag eines neutralen Gerichtshofs, der alle begangenen Verletzungen der Gesetze und Brüche des Krieges aburteilen soll, wird wiederholt.

Was die wirtschaftlichen und finanziellen Fragen

anbelangt, so berücksichtigen die deutschen Gegenwortschlüsse in jeder Hinsicht die Bedürfnisse und Ansprüche der Alliierten, besonders Belgiens und Frankreichs und versuchen nun, Sicherungen und Wege zu schaffen, um diesen Bedürfnissen überhaupt genügen zu können. Deutschland erklärt sich bereit, bis zum Jahre 1926 zwanzig Milliarden Goldmark zu zahlen und vom 1. Mai 1927 ab jährliche Abzahlungen in zinsfreien Raten mit der Maßgabe, daß die gesamte festzustellende Schadenlast in seinem Fall den Betrag von hundert Milliarden Goldmark übersteigen soll, Merin eingerechnet sowohl die Leistungen an Belgien für den ihm von der Entente vorgeschossenen Betrag wie die bereits erzwungenen zwanzig Milliarden Gold. Diese finanziellen Zusicherungen stehen aber

im Zusammenhang mit der territorialen Frage.

Deutschland hat die Verpflichtung der Besatzung, allen Schaden zu ersetzen, der der Zivilbevölkerung der Alliierten in den besetzten Gebieten von Frankreich und Belgien und ihrem Eigentum durch den Angriff Deutschlands an Wasser, an Lande und in der Luft zugefügt worden ist, auf sich genommen unter der Voraussetzung und auf der Grundlage seines damaligen Bestandes. Tritt eine Verminderung des Reichsgebietes ein, so muß auch die Schadenschuld entsprechend vermindert werden. Der mit der Feststellung der Schäden beauftragten Commission des Reparations soll eine deutsche Kommission beigegeben werden, die sich mit ihr zu einigen hat; im Falle der Nichteinigung entscheidet ein gemischtes Schiedsgericht unter neutralem Vorsitz. Als weitere Voraussetzung der Zahlungspflicht ist anzusehen, daß Deutschland nach Maßgabe seiner Leistungsfähigkeit einen bestimmten Prozentsatz der gesamten Reichseinkommen als Annuität zu zahlen hat, daß keine Verminderung des Reiches eintritt, die nicht eine Folge des Selbstbestimmungsrechtes ist, daß ihm die Wiedererlangung seiner überseeischen Beziehungen und die Wiedergewinnung von Kolonien nicht verweigert wird, daß ihm eine hinreichende Handelsflotte verbleibt, und daß es gelingt, die aus dem Reichsgebiet entfernten Vermögen auf dem Wege internationaler Rechtshilfe zur Versteuerung heranzuziehen.

Die kolonialen Fragen.

Berlin, 27. Mai.

Einmütlich der deutschen Schutzgebiete kommt die deutsche Friedensdelegation zu folgendem Ergebnis:

1. Für die formelle Behandlung der kolonialen Fragen wird folgender Vorschlag gemacht: In Art. 5 der 14. Punkte aus der Kongressbestimmung des Präsidenten Wilson vom 8. 1. 1918 ist eine absolut unparteiliche Schlichtung aller kolonialen Ansprüche zugelegt. Eine unparteiliche Schlichtung setzt die Anhörung beider Teile vor der Entscheidung voraus. Eine solche ist nicht erfolgt. Unter Verweisung auf jene Zustimmung und insbesondere unter Verweisung auf den Grundsatz, daß die Regelung der kolonialen Ansprüche unter Berücksichtigung der Interessen der Regierungen wie der Bevölkerungen mit gleichem Gewicht erfolgen sollte, wird der Vorschlag gemacht, die kolonialen Fragen an einen besonderen Ausschuss zu verweisen. Dieser aus Bevollmächtigten und aus Sachverständigen beider Parteien zu bildende Ausschuss soll den erwähnten Punkt 5 und die übrigen sachlich hinzugehörigen Punkte der hier Neben des Präsidenten Wilson vom 1918 entsprechend der Vorkonferenz Note vom 8. 1. 1918, die auf die Kolonien bezüglichen Artikel des Entwurfs der Friedensbedingungen und Abschnitt 9 der deutschen Vorkonferenzvorschläge sowie die Interessen der Bevölkerungen wie der Regierungen zum Gegenstand seiner Beratungen machen.

2. Für die materielle Erledigung gilt folgender Vorschlag: Die in den Artikeln 110 ff. des Friedensvertragsentwurfs vorgesehene Forderung des Verzichts Deutschlands auf seine überseeischen Besitzungen ist nach der Überzeugung der deutschen Friedensdelegation mit den auf Bisher 5 der Vorkonferenz an den Kongress der Vereinigten Staaten vom 8. 1. 1918 fahenden Abmachungen des Waffenstillstandsvertrages nicht in Einklang zu bringen. Die deutsche Friedensdelegation hält vielmehr den Anspruch Deutschlands auf Wiederherausgabe seines Kolonialbestandes für gerechtfertigt. Deutschland ist oder bereit, falls ein Völkerbund zustande kommt, in den es sofort als gleichberechtigtes Mitglied aufgenommen wird, die Verwaltung seiner Kolonien nach den Grundsätzen des Völkerbundes zu führen, gegebenenfalls als dessen Mandatar.

Ein haltloses Machwerk.

Die Kommunisten verbreiten ein Flugblatt über den Gewaltfrieden, das aus Mangel an Gründen für die konfuse Haltung, die sie in dieser Frage einnehmen, sich wesentlich mit den Unabhängigen beschäftigt. Was sie über die Unabhängigen behaupten, ist durchweg un wahr. Die Kommunisten wissen selbst, daß die Unabhängigen in der Regierung mit dem größten Nachdruck für die sofortige Sozialisierung der dazu geeigneten Betriebe eingetreten sind und daß sie gerade deshalb, weil sie mit diesem Anspruch nicht durchdrangen, aus der Regierung ausgetreten sind. Sie behaupten also wider besseres Wissen, daß die Unabhängigen in der Regierung „dem Kapitalismus haften, seine Waffen zu kühnen gegen die Revolution nach innen“.

Die Kommunisten wissen ferner, daß ein zweiter Grund für den Austritt der Unabhängigen aus der Regierung war, daß die Regierung sich auf die alte militärische Macht und nicht auf das organisierte Proletariat stützen wollte. Sie behaupten also wider besseres Wissen, daß die Unabhängigen die Zustimmung zu der ersten Werbung von Freiwilligenkorps gegeben haben.

Den Kommunisten kann es auch nicht unbekannt sein, daß es gerade Genosse Gause war, der am 10. November die Proklamation verfaßt hat, die der Arbeiter- und Soldatenrat im Circus Wukow einstimmig an diesem Tage beschlossen hat. In dieser Proklamation wird von der Regierung gefordert, daß sie die Beziehungen zu der Sowjetrepublik ruhen lassen soll. In diesem Sinne hat Genosse Gause mit seinen Freunden dauernd gehandelt. Die Unabhängigen haben auch in der Nationalversammlung keine Gelegenheit vorübergehen lassen, um die Aufnahme der Beziehungen zu Rußland zu verlangen. Die gegenteilige Behauptung im Flugblatt ist un wahr. Es ist auch nicht wahr, daß die Unabhängigen beschlossen haben, die russischen Delegierten zum Kongress an der Grenze von Maschinengewerken empfangen zu lassen.

Diese Häufung von Unwahrheiten erklärt sich wohl aus der Hilflosigkeit und Verlegenheit der Kommunisten, die angesichts der Niederkämpfung der Un-

abhängigen Sozialdemokratischen Partei am vorigen Mittwoch sich innerlich eingestehen müssen, daß die Arbeitermassen in der Friedensfrage, wie in allen großen Fragen der Politik den Standpunkt der Unabhängigen Sozialdemokratie teilen. Durch so schamliche Machwerke wie das gegenwärtige Flugblatt wird sich kein Arbeiter betören lassen.

Beratungen des Viererrats.

Paris, 27. Mai. (Sabbat)

Der Viererrat tagte gestern allein. Er prüfte die Note des Staatskanzlers Renner, die in sehr höflichen, gewissen Ausdrücken gegen die Verzögerung der Mitteilung der vorläufigen Friedensbestimmungen an die österreichische Abordnung Verwahrung einlegt. Der Rat war der Ansicht, sowohl als möglich diesem berechtigten Vergehren nachzukommen, als die Bedenken, daß der österreichischen Abordnung gegen Ende der Woche der Friedensvertrag wenigstens teilweise überreicht wird. Es wurde aber keine endgültige Entscheidung getroffen.

Was die deutschen Gegenwortschlüsse betrifft, glaubt man in gewissen Kreisen, daß sie Dienstag fertiggestellt sein werden, und daß Graf Brockdorff sie am Mittwoch übergeben wird, daß er sich somit an die festgesetzte Frist, die am 28. Mai 3 Uhr, zu Ende geht, halten werde. Der deutsche Druckereizug ist am Sonntag in Versailles eingetroffen. Man arbeitet Tag und Nacht an der Herstellung des Wortlautes des Gegenentwurfes, der der Konferenz in englischer, französischer und deutscher Sprache übergeben wird.

Entgegen der gemachten Mitteilung behandelte der Viererrat die Anerkennung der Regierung Kollschars nicht, die jedoch grundsätzlich anerkannt zu sein scheint. Diese Anerkennung soll die amtliche Bestätigung erhalten, sobald die Ergebnisse der über diese Sache abgeschlossenen Untersuchung bekannt sein werden.

Endlich billigte der Rat wichtige Maßnahmen des Obersten Wirtschaftsrats betr. die Blockade Ungarns. Die Blockade, die vor zwei Monaten aufgehoben wurde, dann aber beim Kommen der kommunistischen Regierung unter Bela Kun wieder verhängt worden war, wird bestehen bleiben, solange nicht ein aus dem freien Volkswillen geschaffene Regierung die Verwaltung des Staates in die Hände genommen haben wird.

Wörter man sich in Paris wunderl.

(Eigene Drahtnachricht der „Freiheit“)

Paris, 26. Mai.

Das Pariser Gewerkschaftsblatt „La Volonté“ äußert sich über die von den kommunistischen Führern in der Schweiz ausgeführte Aktion, die die deutsche Regierung es wahrscheinlich absehen würde, von der holländischen Regierung die Auslieferung des großen Verbrechers Wilhelm zu verlangen, um ihm den Prozeß zu machen.

Rundgebungen gegen die Loslösungsbestrebungen.

Wien, 27. Mai.

W. L. A. teilt mit: Infolge der in den letzten Tagen mit größerer Bestimmtheit aufgetretenen Betrugsaussagen über die beabsichtigte Gründung des Sonderstaates Rheinland verbreitete sich um die Mittagsstunde das Gerücht, daß die Androhung durch eine Gruppe von Politikern ein Solbium am heutigen Tage vollzogen werden solle. Infolge dessen hat die organisierte Arbeiterschaft Wiens sofort ohne daß von der sozialdemokratischen Parteileitung oder den Gewerkschaften eine Initiative hierzu ausgegangen wäre, die Arbeit eingestellt und die Fabriken verlassen, um durch eine öffentliche Kundgebung ihren festen Willen darzutun, gegen jede Wiedereinnahme der Rheinlande von Deutschland Front zu machen. Große Umzüge bewegten sich durch die Stadt, an denen 10 000 Arbeiter und Angehörige sämtlicher Wiener Betriebe teilnahmen. Die Kundgebung verlief in vollkommener Ruhe und Ordnung. An vielen Punkten der Stadt wurden von einzelnen Rednern spontane Ansprachen gehalten. Der Straßenbahnbetrieb ruhte für einige Stunden. An die Arbeiter wurde die Aufforderung gerichtet, morgen mittag die Arbeit wieder aufzunehmen. Von dieser amtlichen Stelle wird erklärt, daß die Kundgebung bis zur Stunde nicht Wirklichkeit sei und einem solchen Schritt auch mit allen rechtlichen Mitteln entgegengetreten werden würde.

Krieg mit Polen.

Die Telegraphen-Union meldet:

Beuthen, 27. Mai.

Die Patrouillentätigkeit an der polnischen Front nimmt ab und ist fast ganz erloschen. Inzwischen ist auch ein großer Teil der seitens der Reichsregierung den Oberbefehlshörern zugewiesenen militärischen Verstärkungen eingetroffen. Es sind dies durchwegs bewährte, erprobte und zuverlässige Truppen, von bestem Geiste durchdrungen. Das geht auch aus folgendem Ergebnis der 11. Infanterie-Division des Grenzschutzes hervor: Nicht umsonst soll das deutsche Blut gekostet sein. Wir weichen nicht freiwillig von der Stellung auf die wir bisher gestellt waren; wir weichen auch nicht, falls Schwäche und Zurücktritt. Wir erklären uns eins mit unseren Brüdern und werden sie niemals in der jetzigen Stunde der Not und Gefahr verlassen.

Der Krieg mit Polen kann also beinhalten: aber nicht mehr er hat schon begonnen. Uns wird eine Volkspartei überreich, die vor einigen Tagen von Berlin nach Polen gegeben sollte. Sie wurde dem Abfender zurückgegeben mit dem geklopften Ausdruck: „Rück wean Ariensgüß!“ Bis vor wenigen Tagen funktionierte noch die deutsche Volkspartei. Wo haben wir jetzt Ariens mit Polen!

Der Krieg scheint aber nicht nur an der polnischen Grenze ausgebrochen zu sein; auch im inneren Deutschland ist die Bevölkerung unter Ariensrecht gestellt worden. Eine andere Partei sollte am 11. Mai von Berlin nach einem märkischen Orte gehen. Sie hat für diesen 10 Tage gebraucht und enthält jetzt den oesterrischen Merkmal: „Militärisch gebräut“. Die Karte enthält nur auf der einen Seite das Bildnis einer jungen Dame und auf der anderen Seite einen Geburtsdatums: die Bräuterei gebräut.

Leдебур vor den Geschworenen

Siebenter Verhandlungstag.

Es wird zunächst der Photograph Alfred Groß über die letzten Besprechungen Photographen vernommen. Er hat die Bilder nicht erst nach dem Entschluß, sondern während der Spartakus-Woche zur Zeit der Festung ausgenommen.

Der Zeuge Graf Willewitt, vom Kaiserlichen Hof der Marine, gibt eine eingehende Schilderung über die Vorgänge im Marzfall während der ersten Tage des Januar- und Februar.

Der Zeuge sagte aus: Am Sonnabend hat im Marzfall eine Besprechung zwischen Liebknecht, Eichhorn und Dorenbach stattgefunden. Was gesprochen wurde, weiß ich nicht. Am Sonntag gegen 1 Uhr kam der Angeklagte mit seiner Frau und hatte mit Dorenbach wieder eine längere Besprechung. In einer gegen 2 Uhr stattfindenden Sitzung wurde beschlossen, sich von irgendeiner Seite etwas unternommen werde, sich an nichts zu beteiligen und nur, falls der Marzfall angegriffen werden würde, sich zu verteidigen. Nachmittags um 7 Uhr meldete ein Posten, daß vor dem Marzfall

25 bewaffnete Zivilisten händen,

die Einlass verlangten. Ich fragte die Leute, wo sie herkämen, und erhielt zu Antwort: „Wir haben die Alexander-Laserne gestürmt!“ Als die Leute mir nicht Auskunft geben konnten, von wem sie diesen Befehl erhalten hätten, erklärte ich sie für verhaftet. Bald darauf kam ein Kurier vom Polizeipräsidenten mit der Bitte um Bestätigung für die Dragonerläsferne, die sofort nicht zu halten sei, Spartakus sei dort. Als einige Zeit darauf Leutnant Fischer, der damalige Stadtkommandant, erschienen, erklärte dieser, seine Leute gehörten ihm nicht mehr. Ich habe dann selbst nach der Dragonerläsferne, wo bereits alles besetzt war. Die Leute gingen schon an zu plündern und waren gerade dabei, die Pferde aus dem Stall zu ziehen. Der Offizierstellvertreter der den Befehl über die Kaserne hatte, erklärte mir, daß die Leute schauerhaft geknallt hätten. Erst als ich bemerkte, die Matrosen würden zu lassen, räunte die Menge die Kaserne. Ich ging sodann nach der Krüger Kaserne, wo ein weißer Spiro das Kommando führte. Hier machte die Menge Rinde, die Kaserne zu stürmen. Im Auftrag des Spiro ließ ich der Menge mit, daß ich Spiro mit seinen Leuten

der Regierung zur Verfügung stellen würde,

den sie sich welcher Richtung; er und seine Leute würden neutral und würden lediglich ihre einzige Pflicht, für Ruhe und Ordnung zu sorgen, erfüllen. Bei meiner Rückkehr nach dem Marzfall war dort gegen 2 Uhr nachts eine Versammlung von etwa 35 Personen, darunter Liebknecht und Eichhorn. Am nächsten Morgen gegen 9 Uhr kam ich wieder zum Marzfall. Auf Wunsch Dorenbachs ging ich zum Kommandantur. Dort sagte mir Kallenberg, der

Stadtkommandant Fischer sei im Marzfall verhaftet

worden. Im Marzfall erfuhr ich dann, daß Fischer nicht verhaftet, sondern nur in Schutzhaft genommen worden sei, und zwar auf Veranlassung der Verammlung, die in der Nacht vorher beim Kommandantur stattfand. Liebknecht sagte, die Verfassung sei aus politischen Gründen verletzt. Ich erklärte mich damit nicht einverstanden, nachdem nach der Kommandantur und sprach mit Wolfenbutter, der mir sagte, ich sollte sehen, daß ich mit Fischer selbst sprechen könnte. Dies geschah, und Fischer sagte: „Na, dann werde ich vorläufig hier bleiben.“ Er stellte dann auch einen Brief aus, in welchem er die Bitte ausdrückte, daß von der Kommandantur nichts zu seiner Befreiung gesprochen möge.

Der Zeuge schildert weiter im einzelnen gehend die Vorgänge bis zur Befreiung des Leutnants Fischer, der auch seine Beziehungen liebt, die dahin gingen, daß die Volksmarine-Division sich in jeder Beziehung der Regierung Ehre-Schuldern zur Verfügung stellen müsse. Er selbst, der Zeuge, hatte sein Amt abgetreten. Der Genosse Mädel ist zu den noch immer im Marzfall verhafteten Männern hineingegangen und hat ihnen gesagt, daß sie den Marzfall nunmehr zu räumen hätten, denn man

nicht mehr dulden, daß Zivilisten sich im Marzfall aufhielten.

Bei dieser Gelegenheit sah ich den Angeklagten im Marzfall zum erstenmal. Als er hinauskam, kam es zwischen dem Angeklagten und den Matrosen zu einem Wortwechsel wegen der Dezember-Affäre. Der Matrose behauptete, Leдебур habe schuld an den ganzen Wirren, weil er am 23. Dezember mit der Volksmarine getrunken habe. Der Matrose antwortete ihm: „Ja, ich bin getrunken. Sie haben so viel auf dem Gewissen!“ Ich so erklärt der Zeuge, konnte das nicht mehr mit anderen und bin nach Hause gegangen. Der Matrose hat für kein Vergehen, das all' einseitig mitschuldig wurde, eine gebührende Tracht Prügel erhalten. Auf Vorstellungen des Angeklagten Leдебур erklärt der Zeuge: Am 27. Dezember wurde Wels von der Marine-Division verhaftet. Die Soldaten, die vor der Kommandantur Wache standen, seien empört gewesen, weil, während sie da standen,

zwei Matrosen erschossen worden seien,

und sie hätten sich gelobt, Wels zu erschlagen. Im Marzfall sei nach und nach ein großer Wirrwarr entstanden. Da sei eine Abordnung der Matrosen gekommen und verlangte, daß Wels freigelassen werden sollte. Sie erhielten die Antwort: „Nein, wer es versucht, Wels aus dem Marzfall zu holen, wird eine Leiche!“ Da man in der Verwirrung nicht wußte, was zu tun sei, ist der Zeuge nachts 1 Uhr zu Leдебур in die Wohnung gefahren und hat ihn aufgefordert, doch nach dem Marzfall mitzukommen. Ich habe ihm sofort bereit dazu. Als Leдебур in den Marzfall kam, hielt er eine Ansprache an die Masse, des Inhalts, daß sie sich beruhigen und

nicht zu Gewalttätigkeiten hinreizen lassen sollte.

Die Matrosen riefen, als Leдебур dazu rief, Wels unter allen Umständen leben zu lassen; er wird nicht freigegeben, er wird erschlagen. Leдебур: Der Zeuge kann also bestätigen, daß meine Tätigkeit darauf hinaus ging, Wels zu verhaften und eine Verhandlung mit der Regierung, die durch General Hoffmann betrieben war, herbeizuführen.

Rechtsanwalt Liebknecht: Nach Ihrer Aussage sollten die Verhandlungen mit der Regierung am nächsten Tage fortgesetzt werden. Ist dies denn geschehen? — Zeuge: Nein. Am nächsten Tage hatten die Regierungstruppen den Marzfall umstellt und

das Gebäude wurde bombardiert.

Staatsanwalt Dr. Gysae: Diese ganzen Dinge sind ja nur in die Sache hineingebracht worden, weil der Ankläger in der Verurteilung jede Angabe verwendet hat, bekommen viele Dinge ein ganz anderes Gesicht. — Leдебур dankt für dieses Ausgesandene

der Staatsanwaltschaft und bittet, auch weiterhin seinen Darlegungen Glauben schenken zu wollen.

Es folgt nun die Konfrontation des Zeugen Fröhlich mit dem Zeugen Graf Willewitt. Ersterer hatte behauptet, daß Graf Willewitt unmittelbar nach der Entschung des „Vorwärts“ die Verhandlungen der „Vorwärts“-Verfassung geleitet und dabei eine sehr unanständige Bemerkung gemacht, die bis zum Stehlen gemacht habe. Nachdem der Zeuge Graf Willewitt nochmals alle Einzelheiten geschildert hat, erklärt er auf eine Frage des Vorsitzenden,

daß er Verhandlungen nicht gesehen habe.

Fröhlich wird hierauf nochmals vorgeführt. Vorsitzender: Ist dies der Leutnant, von dem Sie sprachen? — Fröhlich: Jawohl. — Vorsitz: Sie sprachen gestern davon, daß Graf Willewitt dabei war, wie die Leute misshandelt wurden? — Zeuge: Jawohl. Auf die Mißhandlungen der Verhandlungen bin ich dem Leutnant hin. Als ein Mann, der eine Brille trug, kam einem Soldaten einen Faustschlag ins Gesicht erhielt, der die Brille zertrümmerte, kam dieser Leutnant hinzu und rief: „Guch wird es noch schlimmer gehen, auch reißt er den Arm ab wie zum Stehlen!“

Zeuge Graf Willewitt: Ich erkläre hier unter meinem Eid, daß ich eine derartige Behauptung nicht getan habe, eine derartige Behauptung liegt mir vollkommen fern. — Zeuge Fröhlich: Ich weiß, daß ein gewisser Graf und ein gewisser Schwab dabei waren. — Rechtsanwalt Rosenfeld: Ich bitte, diese Zeugen zu laden. Wenn sich in der Behauptung Fröhlich den Grafen Willewitt mit aller Bestimmtheit als den Leutnant wieder? — Zeuge: Jawohl. — Zeuge Willewitt: Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß es sehr schwer fällt, einen Mann im Stahle zu den man nur einmal gesehen hat, wiederzuerkennen, da der Stahleim das Gesicht erheblich verändert. — R.A. Dr. Rosenfeld (zum Zeugen Graf Willewitt): Ist es richtig, daß Sie heute morgen vor Ihrer schiefen Vernehmung

eine längere Besprechung mit dem Staatsanwalt Zumbroich

in dessen Amtszimmer gehabt haben? — Zeuge Willewitt: Jawohl. (Bewegung im Zuscherraum) — R.A. Zumbroich (erregt aufrufend): Ich bitte aber dann, wenn hier eine derartige unrichtige Behauptung ausgesprochen wird, den Zeugen ganz genau zu fragen, wie sich der Vorgang abgespielt hat. — R.A. Rosenfeld: Was ist heute morgen zufällig in das Amtszimmer kam, sah Herr Graf Willewitt,

gemäßlich eine Zigarette rauchend,

auf dem Platz, auf dem sonst Herr Staatsanwalt Weismann sitzt, während Herr Staatsanwalt Zumbroich auf dem Platz sah, auf dem sonst die Angeklagten zu sitzen pflegen. — Staatsanwalt Zumbroich (sehr erregt): Ich bemerke ausdrücklich, daß diese ganze, völlig harmlose Sache hier nur zu dem Zwecke vorgebracht wird, um eine ganz ungenügende Verächtlichmachung der Verurteilung, die in der Nacht vorher in dem Amtszimmer kam, hand ich den Zeugen Graf Willewitt

in einem Gespräch mit Staatsanwalt Schenner

über irgendwelche dienstlichen Dinge vor. — Als R.A. Rosenfeld eine weitere Erklärung abgeben will, wird er von Staatsanwalt Zumbroich unterbrochen.

R.A. Rosenfeld: Ich muß mich ganz entschieden gegen diese fortgesetzten Vorwürfe des Staatsanwalts verwehren. Ich bin den Herrn Vorsitzenden, mich gegen diese Angriffe zu schützen. Staatsanwalt Zumbroich: Ich bitte ebenfalls, mich gegen die ganz unrichtigen Behauptungen durch den Verteidiger zu schützen. Es ist dies ja ein ganz unglückliches Verfahren von Rechtsanwaltschaft hier völlig grundsätzliche Verächtlichmachung, als ob hier die Zeugen vor ihrer Vernehmung bestünden. — Rechtsanw. Dr. Gysae: Mein Mitverteidiger Rosenfeld hat weiter nichts getan, als eine ganz ungenügende Tadelrede zur Sprache gebracht. — Staatsanw. Zumbroich (unterbrechend): Das ist — — — Do! (unterbrechend):

Drei Staatsanwälte, ich bitte zu schweigen.

Es ist hier von zwei Seiten der Vorwurf der Verächtlichmachung erhoben worden; wir wollen doch den Zeugen erst einmal ausprechen lassen, was sich überhaupt abgespielt hat.

Graf Willewitt: Ich bin heute morgen bei dem Staatsanwalt Schenner gewesen, um verschiedene dienstliche Angelegenheiten zu erledigen. Ich mußte 3. W. meine Erledigung der Liebknecht-Hastbeiliche mit dem Staatsanwalt sprechen. Bei dieser Gelegenheit fragte ich den hinzukommenden Staatsanwalt Zumbroich, in welcher rechtlich zu befassen und in welcher Form ich die Antwort auf Fragen, welche nicht zur Sache gehören, ablehnen kann. — Vorsitzender: Ist über den Inhalt Ihrer letzten Aussage gesprochen worden? — Zeuge: Nein. — R.A. Rosenfeld: Hat der Staatsanwalt Ihnen einen Rat gegeben? — Zeuge: Er hat auf meine Bitte, mir eine Rechtsbelehrung über meine Aufgabe zu geben, mir bereitwillig Auskunft gegeben. — Das Gericht gleich hierauf zur Beratung zurück und verhandelt: Die Verurteilung hatte das formale Recht, den Vorgang zur Sprache zu bringen und den Versuch zu unternehmen, ihn anzuführen. In der Art der Bemerkung liegt aber gleichzeitig die Verächtlichmachung, daß die Staatsanwaltschaft die Zeugen in unzulässiger Weise zu belästigen versucht habe. Darin liegt ein Angriff auf die Beamtenehre des Staatsanwalts, der bereits in klarer aber nicht unzulässiger Weise diese Angriffe zurückgewiesen hat.

Zeuge Willewitt: Um nichts voranzulassen, will ich noch sagen, daß ich den Staatsanwalt Zumbroich gebeten habe, bei Fragen, die nicht zur Sache gehören,

zu meinen Wünschen einzugreifen.

Zeuge Liebknecht, der im Polizeipräsidentium die Waffenkammer unter sich hatte, schildert die Anfaßt der Demonstrationen vor dem Polizeipräsidentium und die Dinge, die sich dann entswickelten. Leдебур hielt vom Ballon eine Rede und sagte darin u. a.: „Der Vorwärts gehört den Massen und befindet sich jetzt in dem Besitz der Gendarmen-Polizei und man müsse sich jetzt in dem Besitz der Gendarmen-Polizei wieder in die Hände der Proletariats geang.“ Leдебур sei in seiner weiteren Rede unheimlich laut gesprochen gewesen. So daß die Demonstrationen-Jahresführer die Erklärung darüber ausbrachten, daß sie die Massen nun so weit hätten, wie sie sie haben wollten. Die Massen schrien: „Recht u. s. W.“ und diese Rufe habe Leдебур gehört, denn er habe beide Hände hochgehalten zum Zeichen, daß sich die Leute beruhigen sollten. Der Zeuge hatte die Absicht,

den Inhalt der Rede sofort dem „Vorwärts“ mitzutellen,

den es sei ihm nicht gelungen, da der „Vorwärts“ schon gerade erschlürmt wurde. Außer Leдебур hätten auch Liebknecht und

Däumig gesprochen. Ch. man und sein Bruder wollten die Massen durch ein Betritt in das Gebäude hyn. in die Waffenkammer einlassen, der Zeuge hat aber der Ausgabe von Waffen an Zivilisten entschieden widerstehen, aber die Sicherheits-Soldaten waren schon so besorgt durch den von Eichhorn eingeschickten Braun, daß Waffen an die Zivilisten ausgehändigt wurden. Ich habe überhaupt am frühesten die Pläne des Vorwärts durchschaut und versucht, die Regierung zu warnen. Aber bei dem Bureaukratismus

kam ich nicht weiter als bis zum Bureaukler.

Ich habe auch die Soldatenräte im Polizeipräsidentium getroffen aber man hat mich verachtet und einen dummen grünen Jungen genannt. Ich habe darauf mein Material dem „Vorwärts“ übergeben und dadurch die ganze Sache ins Rollen gebracht. Am Montag wurden die Arbeiter systematisch bewaffnet und Braun, der von Eichhorn eingeschickt war, leitete die Sache. Die Sache war so gut organisiert, daß sie klappen mußte, nur ich habe einen Stich durch die Rechnung gemacht. Vor dem Zimmer 51 wurden die Leute bewaffnet. Am Abend wurde ich von der Leitung des Polizeipräsidentiums geholt, ich sollte mit dem Kameraden Heilmann zum W. T. S. fahren, um eine Einigung herbeizuführen. Ich schlug, um ein Blutvergießen zu vermeiden, eine partielle Befreiung durch revolutionäre Arbeiter und Regierungstruppen vor. Die Arbeiter wollten nicht einwilligen, sondern verlangten, daß Eichhorn den Schiedspruch fällte. Wir fuhren zum Polizeipräsidentium und warteten im Vorzimmer. Eine Ordonnaus sagte mir, daß Leдебour und Liebknecht bei Eichhorn seien. Nach einiger Zeit kam ein Herr, dessen Namen ich nicht kenne, aus Eichhorns Zimmer und sagte: Leдебour will, daß wir das W. T. S. bis zum letzten Blutvergießen halten. Dieses machte großen Eindruck auf die Vertreter der revolutionären Arbeiter. Sie fuhren sofort zurück. Am Montag nachmittags gegen 4 1/2 Uhr hielten im Marzfall Liebknecht und Leдебour von einem Auto Ansprachen an die dort versammelten Arbeiter.

Vorsitzender: Lassen Sie Ihre Notizen mal weg und überlegen Sie sich die Sache. Das Gericht beschließt zur Unterbrechung des Gedächtnisses des Zeugen das Protokoll seiner richterlichen Aussage zu verlesen. In dieser Verlesung heißt es, daß Liebknecht und Leдебour sich um die Ausgabe der Waffen gekümmert hätten. Der Zeuge nimmt nunmehr die Richterliche dieser Darstellung auf seinen Eid. Der Vorsitzende will die Sitzung am morgen vertagen, weil die Akten wegen der Sachverständigen zum Kammergericht sollen. Die Vertagung will aber die Vertagung dieses Urteils fortsetzen und seine Aussage nicht in zwei Teil, zerlegen. Es wird daher beschlossen, die Mittagspause jetzt einzutreten zu lassen. Vor Eintritt in die Pause beantragt Rechtsanwalt Obuch, dem Zeugen seine Notizen, die keine gewöhnlichen Notizen, sondern ein ganzes Manuskript seien,

abzunehmen und in gerichtliche Verwahrung zu nehmen.

Staatsanwalt Zumbroich widerpricht, weil es dafür keine gesetzliche Handhabe gebe. Das Gericht lehnt den Antrag der Verteidigung ab.

Nach der Mittagspause wurde die Vernehmung fortgesetzt und nunmehr von seiten der Verteidiger und Leдебours versucht, die

Anglaubwürdigkeit dieses Zeugen

im Kreuzverhör zu beweisen. Es kommt zunächst die Frage auf, welchen Beruf der Zeuge hat. Auf die diesbezügliche Frage antwortet er zunächst, er sei Kaufmann gewesen. Er wird nunmehr gefragt, was er jetzt sei. Der Zeuge zögert mit der Antwort und fragt, ob er eine solche Auskunft erteilen müsse, als dies vom Vorsitzenden bejaht wird, gibt er zögernd an, daß er im Dienste der Regierung stehe.

Rechtsanwalt Liebknecht: Welchen Posten bekleiden Sie bei der Regierung? — Zeuge: Ich bin Soldat. — Rechtsanw. Liebknecht: Was ist Ihre Tätigkeit als Soldat? — Vorsitzender: Diese Frage kann ich nicht zulassen. — Rechtsanw. Liebknecht: Der Soldatenberuf umfaßt die ehrenwertesten Berufe, aber es verbergen sich unter diesem Deckmantel auch die schmutzigsten Elemente. Wir müssen eine genaue Auskunft haben, worin die Tätigkeit des Zeugen besteht. Der Zeuge gibt an, daß er mit der Ausgabe von Mannschußwaffen beschäftigt ist. Er behauptet, daß er keine politische Tätigkeit, weder vorher, noch während seiner militärischen Tätigkeit ausgeübt habe und daß er keine Beziehungen von irgend einer Seite erhalten habe. Er habe damals nach seiner freien Überzeugung gehandelt. Er erhielt seine Lohnung von der Regierung und hat ihr die Treue gehalten. Die Schritte waren die andern, die die Regierung verraten haben. — Der Vorsitzende rügt diesen Ausdruck. — Rechtsanw. Obuch: Guten Sie nicht

ein Doppelspiel gegenüber Eichhorn gespielt?

Zeuge: Keineswegs. Ich blieb wie andere regierungstreue Beamte im Präsidium, bis wir durch Mandatlegungen aufgefördert wurden, in das Charlottenburger Präsidium zu kommen. Rechtsanw. Dr. Rosenfeld: Haben Sie Beziehungen zur auswärtigen Amt? Zeuge: Nein. Rechtsanw. Rosenfeld: Wie kommt es denn, daß Sie noch draußen auf der Flur erklärt haben, Sie hätten jetzt

im Dienste des Auswärtigen Amtes?

Zeuge: Das war früher einmal im Januar. Auf Antrag des Verteidigers wird nunmehr der Zeuge Willewitt gehört, der unter Verlesung auf seinen früher geleisteten Eid versichert, daß der Zeuge Tschannenhaus ihm gestern ganz bestimmt gesagt habe, daß er im Dienste des Auswärtigen Amtes stehe. Auf neue Vorhaltungen gibt Tschannenhaus nunmehr zu, daß er früher kurze Zeit im Dienste des Auswärtigen Amtes gefunden habe und der Nachrichtenabteilung

„kommunistisches Material“ in die Hand geliefert

habe. Rechtsanw. Rosenfeld: Was war das für kommunistisches Material? Zeuge: Es war das Material von der Rosa, der russischen Telegraphen-Agentur, und betraf Aufzeichnungen, wer von der kommunistischen Regierung Geld bekommen hatte und wo das Propagandamaterial lagerte. Ich wollte im Auswärtigen Amt eine Stelle bekommen, aber das gelang mir nicht. Rechtsanw. Rosenfeld: Was taten Sie dann? Zeuge: Ich war ohne Stellung. Nach weiteren Fragen gibt der Zeuge schließlich an, daß er im Dienste einer Privatgesellschaft geblieben habe. Rechtsanw. Rosenfeld: Was ist das für eine Privatgesellschaft? Zeuge:

Die Liga zum Schutze der deutschen Kultur.

(Allgemeines Raden und Kl. Rufe im Zuscherraum.) — Leдебour (hallend für sich): So stelle aus! — Vorsitzender (zu Leдебour): Ihre Bemerkung ist durchaus ungebührlich. Die Verteidigung will eine weitere Frage stellen, als der Zeuge gestern dem Gericht gesagt habe, er müsse eine dringende Angelegenheit machen. Staatsanwalt Zumbroich widerspricht und verlangt Gerichtsbeschluss. — Rechtsanw. Rosenfeld: Ich muß meinem Erntämen darüber Ausdruck geben, daß der Staatsanwalt immer Fragen zu verhiindern sucht, die geeignet sind, die Wahrheit zu ermitteln. Wir müssen feststellen, was für ein Mann der Zeuge ist, denn von seiner Glaubwürdigkeit hängt sehr viel ab. Der Zeuge ist der Wahrheit schon mehrfach ausgewichen.

(Schluß des Berichts folgt in der nächsten Nummer.)

Preussische Landesversammlung.

24. Sitzung, Dienstag, den 27. Mai.

Vizepräsident Dr. Henschel eröffnet die Sitzung nach 12 1/2 Uhr. Das Haus legt die erste Lesung des Gesetzentwurfs wegen

Aufhebung der Kreis- und Provinzialinspektionen

Abg. Kimpel (Dem.): Die Lehrerschaft begrüßt mit großer Freude die Vorlage, die mit einer längst veralteten Organisation endlich aufräumt. Aber von den Versprechungen des Ministerpräsidenten und des Unterrichtsministers ist die Vorlage nur den dritten Teil ein, denn es fehlt sowohl an Bestimmungen über die kollegiale Schulaufsicht, wie über die hauptamtliche Kreis- und Provinzialinspektionen.

Abg. Ring (Dnall): Die Aufhebung der Schulaufsicht wird auch von kirchlichen Kreisen gefordert. Das hindert uns nicht anzuerkennen, daß die Geistesbildung die Aufsicht mit Treue und Aufopferung ausgeübt haben. (Widerpruch links.)

Abg. Saelig (D. Sp.): Wir stimmen dem Gesetzentwurf freudig zu. Er bewirkt eine alte Forderung der national-liberalen Partei, als deren Nachfolgerin wir uns betrachten. (Lachen links.)

Abg. Ad. Hoffmann (U. S. P.):

Das Manuskript der Rede Haenisch hat wohl der Zentrumsmann im Ministerium ausgearbeitet. Die Redner werden erlaunt gewesen sein über das Loblied, das der Minister Haenisch den Geistlichen gesungen hat. Sogar in den Reihen der Parteifreunde Haenischs erhebt sich lebhafter Protest wegen des ägernden Vorlesens gegen die geistliche Schulaufsicht. Aber ich glaube, Herr Haenisch wird als Arbeit noch im Schoße der alleinseligmachenden katholischen Kirche landen, wenn er die Aufsicht hat, dadurch auf fernem Seffel zu bleiben.

Man hat gesagt, die Reform wäre der Kosten wegen nicht sofort durchzuführen. Es ist aber möglich, mit den Mitteln, die man bei Aufhebung der Schulaufsicht erspart, die Kosten zu decken. Darüber sei bereits anderweitig berichtet, wird uns entgegengehalten. Das wäre noch schöner, wenn die ohnehin zu geringen Mittel der Schulen anderweitig verwendet werden.

Unsere Kindern gegenüber dürfen wir auf keinen Fall sparen.

Das Volk verlangt nach all dem Entsetzlichen des Krieges, daß ihm die geistigen Kräfte wieder unerschöpflich geliefert werden.

Wie ist die geistliche Schulaufsicht zustande gekommen? Es gibt keine gesetzliche Bestimmung darüber, sondern das Ministerium hat von sich aus den Geistlichen die Schulaufsicht übertragen. Deshalb hat sie auch das Recht, sie von sich aus wieder zu befehlen.

Die Kinder haben unter dem Zustande gleichfalls schwer gelitten, weil man wirkliche Pädagogen, vorzüglichste Kräfte, durch die Schulaufsicht lahmlegte. Das hat schließlich doch zu der Geburt des Schmerzenskindes des Herrn Haenisch geführt. Nun kommen die Herren vom Zentrum und wollen es in die Form treten, die ihnen annehmbar ist. Sie denken auf die Art das Kind unschädlich zu machen.

Darin stimmen wir mit dem Zentrum überein, daß der Religionsunterricht vom Geistlichen erteilt wird. Aber in die Schule gehört er nicht. Dort soll den Kindern gelehrt werden, was sie im Lebenskampf brauchen.

Wir danken für eine Schulreform unter geistlicher Aufsicht.

Das Volk, wenn ihm Religionsfreiheit gewährleistet wird, wird sehr zufrieden damit sein. Haben die Merkmalen früher nicht immer darüber Klage geführt, daß die Religion nicht rein und

unerschöpflich in den Schulen gelehrt werde? Und jetzt, wo sie die Möglichkeit bekommen sollen, sie selbst zu lehren, jetzt zeteren sie auch wieder.

Und was hat denn Herr Haenisch mit seinem glorreichen Rädgen erreicht? In der nächsten Tagen werden wir uns wieder mit den Lokalisierungsbestrebungen der Abriander zu beschäftigen haben. Es ist nicht die Empörung über die Aufhebung der Schulaufsicht, durch die diese Separationsbestrebungen gesührt werden. Nein, die Kapitalisten, die ihr Eigentum vor der Sozialisierung retten wollen, sind die treibenden Kräfte. Und das Zentrum leistet dem Treiben aus kirchenpolitischen Gründen Vorschub.

Zeichnend ist, daß das katholische Bayern uns auf dem Wege der Trennung von Kirche und Staat weit voraus ist.

Herr Kimpel hat recht, das Ministerium Haenisch hat seine Zeit nicht genützt. Wieviel hätte im Interesse der kulturellen Zukunft geleistet werden können. Man hat sich aber gefürchtet, die Ruinen aus alter Zeit, die reaktionären Scheinräte, beiseite zu räumen. Deren passiver Widerstand ist es, an dem alle neuzeitlichen Reformen scheitern. Wir geben uns keinen Illusionen hin. Von diesem Parlament, in dieser Zusammenkunft ist nichts zu erwarten. Aber wir trösten uns: es wird eine vorübergehende Erscheinung sein, wie das Dreiklassenhaus eine geworden ist. Und wir werden aus der Geschichte lernen und mit jenen Ruinen gründlich aufräumen, wenn einmal die Zeit dazu gekommen sein wird. Und diese Zeit wird kommen, davon dürfen Sie fest überzeugt sein.

Herr Ring hat dieser Regierung Partisanismus vorgeworfen. Es fällt mir natürlich schwer, diese Regierung in Schutz zu nehmen, doch

von Partisanismus kann man bei dieser Regierung wirklich nicht reden;

am allerwenigsten bei Herrn Haenisch, der eher einem Repentisten gleich, der — hier geht er hin, da geht er hin — jedem leichten Druck ausweicht.

Wir müssen die Schulaufsicht aufrechten und tüchtigen Pädagogen übertragen, nur so wird die Schule zu der kulturellen Höhe erhoben, die wir im Interesse des Volkes fordern müssen. Eine solche Reform ist aber von diesem Hause nicht zu erwarten. Nur ein freies Volk auf der freiheitlichen Grundlage des Räte-Systems wird sich eine Schule schaffen können, die frei ist von allen mittelalterlichen Fesseln und freie Bahn schafft zu höchstem kulturellen Aufstiege. (Weißl. links.)

Minister Haenisch: Ich bin erfreut, daß die Vorlage eine so sympathische Aufnahme gefunden hat. So wie die Vorlage gemacht ist, ist sie sich in ein paar Wochen unter Dach und Fach bringen lassen. Ich erkenne rückhaltlos die Reformbedürftigkeit der heutigen Restorationsweise an; in meinem Ministerium wird darüber jetzt eingehend beraten, diese Beratungen sollen möglichst gewürzt werden; Vertreter aller Parteien, auch der Lehrerschaft, werden hinzugezogen. Auch die Frage der Lehrerbildung ist seit zwei Wochen Gegenstand eingehender Beratung im Unterrichtsausschuß. Bei der

Neubesetzung nebenamtlicher Kreis- und Provinzialinspektoren

sollen die Regierungen darauf Wacht nehmen, diese Stellen erfahrenen Schulmännern zu übertragen. Kein Ersatz betreffend die Lehrerbildung ist ein erster Versuch diese Vereine in eine organische Verbindung mit den Schulaufsichtsbehörden zu bringen; ich hoffe, wir werden damit gute Erfahrungen machen, und bin dann gern bereit, sie weiter auszubauen. Von verschiedenen Rednern ist mein

Dankeswort an die geistlichen Kreis- und Provinzialinspektoren

dem vorherigen Festtag so angeschlossen worden, als hätte ich der Richtung selbst eine Tonne nachgeworfen. Davon ist gar keine Rede. Es war einfach eine Pflicht politischer Höflichkeit von mir, den Leiter der Unterrichtsverwaltung, diesen Mann zu, die was die Anerkennung zu sagen. (Zustimmung rechts.)

Ich bin mir bewußt, auch dem schärfsten Gegner aller Kritik stets mit besonderer Achtung zu begegnen, auch dem Abgeordneten Adolph Hoffmann, wenn ich auch dessen Willen ein schweres nationales Anklage hatte. (Großer Beifall bei U. S. P., andauernde Zustimmung; Ruf: Heben Sie zum Zentrum! —) Insbesondere ist die auf der äußerlichen Seite der Unterschied zwischen uns ist nur der: Ich habe in den letzten Jahren

unter dem Eindruck dieser welterschütternden Ereignisse einiges dazu gelernt, Sie nicht. (Erneuter großer Beifall bei U. S. P.) Doch der Abgeordnete Adolph Hoffmann dafür kein Verständnis hat, bezweife ich.

Abg. König (Soz.): Eine Rundfrage bei den Lehrern über ihre Erhebungen mit der geistlichen Schulaufsicht während ein dieses Besondere der allerhöchsten Anklage ergeben. Wir werden uns dagegen wehren, daß der Versuch gemacht wird, die Schulaufsicht für die mehrklassigen Schulen bestehen zu lassen.

Abg. Gerold (Zentr.): Seitens des Abg. Hoffmann ist die Meinung ausgesprochen, daß die Zentrumspartei als Unterstützer geistliche Schulaufsicht wieder einführen wolle. Demgegenüber weisen wir auf unsere Erklärung. Der Abg. Hoffmann hat in diesem Zusammenhange weiter ausgesprochen, wie das Zentrum im Interesse wahrzunehmen verheißt, das zeige deutlich das vorgewürte

Verhalten des Zentrums in der Rheinprovinz.

Der Redner gibt dazu eine Erklärung des Zentrums ab, in der er beifügt, daß die endgültige Haltung des Deutschen Reiches seiner Blockade von dem Gesamtwort gewählt und allen unabhängigen verfassunggebenden Instanzen im Einklange mit der Verfassung und der Reichsverfassung vorbehalten bleiben muß. Die Zentrumsdaktion der Preussischen Landesversammlung habe keinerlei Kenntnis gehabt von den Verhandlungen der Herren Buchhoff und Kaiser mit französischen Offizieren über eine Rheinische Republik. Die Herren selbständig und auf eigene Verantwortung eingetreten, und mit äußerstem Bedauern habe die Partei von dieser Tätigkeit Kenntnis genommen. Sie möge die Vorgehen auf das Entschiedenste.

Abg. Kämp (Zentr.): Wenn wir der geistlichen Schulaufsicht unsere Anerkennung ausgesprochen haben, so sollen damit alle weiteren Schritte nicht entschieden werden.

Abg. Hoffmann (D. Sp.): Gegen die Erlasse Hoffmanns allein in evangelischen Kreisen sechs Millionen Stimmen geäußert worden. In Lichtenberg haben sich von 500 Schreibern nur ein Dutzend vom Religionsunterricht betreiben lassen.

Abg. Ad. Hoffmann (U. S. P.): Es werden schon noch mehr werden, dafür werden wir sorgen. Der Vorredner behauptet, Sie haben erklärt, er wäre der reaktionäre Schul- und Unterrichtsminister. Die Aussprache schließt. Die Vorlage geht an den Reichstagsausschuß.

Wittwoch, 12 Uhr: Anträge über die Bestrebungen zur Bildung einer Rheinischen Republik, Anträge. Schluß: 5 Uhr.

Zähne 3 Mark!

5. — Mark
mit echtem
Friedens-Kautschuk
5jähr. schriftlicher Garantie.

Zahnziehen mit örtlich. Betäubung nach bewährter Methode bei Bestellung von Gebissen gratis!
Spezialität: Zähne ohne Gaumen!

Echte Goldkronen von 30 Mark an.
Keine Luxuspreise.
Persönliche fachmännliche Munduntersuchung und Rat kostenlos.

Zahnpraxis Hatvani

Danziger Strasse 1

Ecke Schillerw. Allee, Eingang Danziger Straße.
Sprechstunden von 9-12, 2-7, Sonntags und Feiertage 9-12.

In den letzten 2 Jahren über 2500 Gebisse zur vollsten Zufriedenheit geliefert.

Piano und Flügel

Harmonium 1900 neu, gebrachte, sehr preiswert Seydler, Oranienplatz 21

Küchen, modern, mit ohne Anrichte, roh gezeichnet. Kleiner-Auswahl, enorm preiswert. Himmel, Lothringstr. 22.

Holzräder aller Größen. Leichterwagen, Kastenwagen, engros und detail. Weißlich, Brannenstraße 56, Nord, 1088.

Metallobstetellen. Auflegematratzen, Chaiselongues, Umbausofas, Tapetezierer, Waiver, Stargard, Str. 18.

Möbel-Kauf

Beste komplette Wohnungs- einrichtungen sowie einzelne Möbelstücke, Büchsen, Teleskope, etc. in großer Auswahl, am Oranienplatz 21.

Pianos

vorzügliche neue aus gutem Material, sehr schön, mit: 5-7-8-9-10-11-12-13-14-15-16-17-18-19-20-21-22-23-24-25-26-27-28-29-30-31-32-33-34-35-36-37-38-39-40-41-42-43-44-45-46-47-48-49-50-51-52-53-54-55-56-57-58-59-60-61-62-63-64-65-66-67-68-69-70-71-72-73-74-75-76-77-78-79-80-81-82-83-84-85-86-87-88-89-90-91-92-93-94-95-96-97-98-99-100-101-102-103-104-105-106-107-108-109-110-111-112-113-114-115-116-117-118-119-120-121-122-123-124-125-126-127-128-129-130-131-132-133-134-135-136-137-138-139-140-141-142-143-144-145-146-147-148-149-150-151-152-153-154-155-156-157-158-159-160-161-162-163-164-165-166-167-168-169-170-171-172-173-174-175-176-177-178-179-180-181-182-183-184-185-186-187-188-189-190-191-192-193-194-195-196-197-198-199-200-201-202-203-204-205-206-207-208-209-210-211-212-213-214-215-216-217-218-219-220-221-222-223-224-225-226-227-228-229-230-231-232-233-234-235-236-237-238-239-240-241-242-243-244-245-246-247-248-249-250-251-252-253-254-255-256-257-258-259-260-261-262-263-264-265-266-267-268-269-270-271-272-273-274-275-276-277-278-279-280-281-282-283-284-285-286-287-288-289-290-291-292-293-294-295-296-297-298-299-300-301-302-303-304-305-306-307-308-309-310-311-312-313-314-315-316-317-318-319-320-321-322-323-324-325-326-327-328-329-330-331-332-333-334-335-336-337-338-339-340-341-342-343-344-345-346-347-348-349-350-351-352-353-354-355-356-357-358-359-360-361-362-363-364-365-366-367-368-369-370-371-372-373-374-375-376-377-378-379-380-381-382-383-384-385-386-387-388-389-390-391-392-393-394-395-396-397-398-399-400-401-402-403-404-405-406-407-408-409-410-411-412-413-414-415-416-417-418-419-420-421-422-423-424-425-426-427-428-429-430-431-432-433-434-435-436-437-438-439-440-441-442-443-444-445-446-447-448-449-450-451-452-453-454-455-456-457-458-459-460-461-462-463-464-465-466-467-468-469-470-471-472-473-474-475-476-477-478-479-480-481-482-483-484-485-486-487-488-489-490-491-492-493-494-495-496-497-498-499-500-501-502-503-504-505-506-507-508-509-510-511-512-513-514-515-516-517-518-519-520-521-522-523-524-525-526-527-528-529-530-531-532-533-534-535-536-537-538-539-540-541-542-543-544-545-546-547-548-549-550-551-552-553-554-555-556-557-558-559-560-561-562-563-564-565-566-567-568-569-570-571-572-573-574-575-576-577-578-579-580-581-582-583-584-585-586-587-588-589-590-591-592-593-594-595-596-597-598-599-600-601-602-603-604-605-606-607-608-609-610-611-612-613-614-615-616-617-618-619-620-621-622-623-624-625-626-627-628-629-630-631-632-633-634-635-636-637-638-639-640-641-642-643-644-645-646-647-648-649-650-651-652-653-654-655-656-657-658-659-660-661-662-663-664-665-666-667-668-669-670-671-672-673-674-675-676-677-678-679-680-681-682-683-684-685-686-687-688-689-690-691-692-693-694-695-696-697-698-699-700-701-702-703-704-705-706-707-708-709-710-711-712-713-714-715-716-717-718-719-720-721-722-723-724-725-726-727-728-729-730-731-732-733-734-735-736-737-738-739-740-741-742-743-744-745-746-747-748-749-750-751-752-753-754-755-756-757-758-759-760-761-762-763-764-765-766-767-768-769-770-771-772-773-774-775-776-777-778-779-780-781-782-783-784-785-786-787-788-789-790-791-792-793-794-795-796-797-798-799-800-801-802-803-804-805-806-807-808-809-810-811-812-813-814-815-816-817-818-819-820-821-822-823-824-825-826-827-828-829-830-831-832-833-834-835-836-837-838-839-840-841-842-843-844-845-846-847-848-849-850-851-852-853-854-855-856-857-858-859-860-861-862-863-864-865-866-867-868-869-870-871-872-873-874-875-876-877-878-879-880-881-882-883-884-885-886-887-888-889-890-891-892-893-894-895-896-897-898-899-900-901-902-903-904-905-906-907-908-909-910-911-912-913-914-915-916-917-918-919-920-921-922-923-924-925-926-927-928-929-930-931-932-933-934-935-936-937-938-939-940-941-942-943-944-945-946-947-948-949-950-951-952-953-954-955-956-957-958-959-960-961-962-963-964-965-966-967-968-969-970-971-972-973-974-975-976-977-978-979-980-981-982-983-984-985-986-987-988-989-990-991-992-993-994-995-996-997-998-999-1000-1001-1002-1003-1004-1005-1006-1007-1008-1009-1010-1011-1012-1013-1014-1015-1016-1017-1018-1019-1020-1021-1022-1023-1024-1025-1026-1027-1028-1029-1030-1031-1032-1033-1034-1035-1036-1037-1038-1039-1040-1041-1042-1043-1044-1045-1046-1047-1048-1049-1050-1051-1052-1053-1054-1055-1056-1057-1058-1059-1060-1061-1062-1063-1064-1065-1066-1067-1068-1069-1070-1071-1072-1073-1074-1075-1076-1077-1078-1079-1080-1081-1082-1083-1084-1085-1086-1087-1088-1089-1090-1091-1092-1093-1094-1095-1096-1097-1098-1099-1100-1101-1102-1103-1104-1105-1106-1107-1108-1109-1110-1111-1112-1113-1114-1115-1116-1117-1118-1119-1120-1121-1122-1123-1124-1125-1126-1127-1128-1129-1130-1131-1132-1133-1134-1135-1136-1137-1138-1139-1140-1141-1142-1143-1144-1145-1146-1147-1148-1149-1150-1151-1152-1153-1154-1155-1156-1157-1158-1159-1160-1161-1162-1163-1164-1165-1166-1167-1168-1169-1170-1171-1172-1173-1174-1175-1176-1177-1178-1179-1180-1181-1182-1183-1184-1185-1186-1187-1188-1189-1190-1191-1192-1193-1194-1195-1196-1197-1198-1199-1200-1201-1202-1203-1204-1205-1206-1207-1208-1209-1210-1211-1212-1213-1214-1215-1216-1217-1218-1219-1220-1221-1222-1223-1224-1225-1226-1227-1228-1229-1230-1231-1232-1233-1234-1235-1236-1237-1238-1239-1240-1241-1242-1243-1244-1245-1246-1247-1248-1249-1250-1251-1252-1253-1254-1255-1256-1257-1258-1259-1260-1261-1262-1263-1264-1265-1266-1267-1268-1269-1270-1271-1272-1273-1274-1275-1276-1277-1278-1279-1280-1281-1282-1283-1284-1285-1286-1287-1288-1289-1290-1291-1292-1293-1294-1295-1296-1297-1298-1299-1300-1301-1302-1303-1304-1305-1306-1307-1308-1309-1310-1311-1312-1313-1314-1315-1316-1317-1318-1319-1320-1321-1322-1323-1324-1325-1326-1327-1328-1329-1330-1331-1332-1333-1334-1335-1336-1337-1338-1339-1340-1341-1342-1343-1344-1345-1346-1347-1348-1349-1350-1351-1352-1353-1354-1355-1356-1357-1358-1359-1360-1361-1362-1363-1364-1365-1366-1367-1368-1369-1370-1371-1372-1373-1374-1375-1376-1377-1378-1379-1380-1381-1382-1383-1384-1385-1386-1387-1388-1389-1390-1391-1392-1393-1394-1395-1396-1397-1398-1399-1400-1401-1402-1403-1404-1405-1406-1407-1408-1409-1410-1411-1412-1413-1414-1415-1416-1417-1418-1419-1420-1421-1422-1423-1424-1425-1426-1427-1428-1429-1430-1431-1432-1433-1434-1435-1436-1437-1438-1439-1440-1441-1442-1443-1444-1445-1446-1447-1448-1449-1450-1451-1452-1453-1454-1455-1456-1457-1458-1459-1460-1461-1462-1463-1464-1465-1466-1467-1468-1469-1470-1471-1472-1473-1474-1475-1476-1477-1478-1479-1480-1481-1482-1483-1484-1485-1486-1487-1488-1489-1490-1491-1492-1493-1494-1495-1496-1497-1498-1499-1500-1501-1502-1503-1504-1505-1506-1507-1508-1509-1510-1511-1512-1513-1514-1515-1516-1517-1518-1519-1520-1521-1522-1523-1524-1525-1526-1527-1528-1529-1530-1531-1532-1533-1534-1535-1536-1537-1538-1539-1540-1541-1542-1543-1544-1545-1546-1547-1548-1549-1550-1551-1552-1553-1554-1555-1556-1557-1558-1559-1560-1561-1562-1563-1564-1565-1566-1567-1568-1569-1570-1571-1572-1573-1574-1575-1576-1577-1578-1579-1580-1581-1582-1583-1584-1585-1586-1587-1588-1589-1590-1591-1592-1593-1594-1595-1596-1597-1598-1599-1600-1601-1602-1603-1604-1605-1606-1607-1608-1609-1610-1611-1612-1613-1614-1615-1616-1617-1618-1619-1620-1621-1622-1623-1624-1625-1626-1627-1628-1629-1630-1631-1632-1633-1634-1635-1636-1637-1638-1639-1640-1641-1642-1643-1644-1645-1646-1647-1648-1649-1650-1651-1652-1653-1654-1655-1656-1657-1658-1659-1660-1661-1662-1663-1664-1665-1666-1667-1668-1669-1670-1671-1672-1673-1674-1675-1676-1677-1678-1679-1680-1681-1682-1683-1684-1685-1686-1687-1688-1689-1690-1691-1692-1693-1694-1695-1696-1697-1698-1699-1700-1701-1702-1703-1704-1705-1706-1707-1708-1709-1710-1711-1712-1713-1714-1715-1716-1717-1718-1719-1720-1721-1722-1723-1724-1725-1726-1727-1728-1729-1730-1731-1732-1733-1734-1735-1736-1737-1738-1739-1740-1741-1742-1743-1744-1745-1746-1747-1748-1749-1750-1751-1752-1753-1754-1755-1756-1757-1758-1759-1760-1761-1762-1763-1764-1765-1766-1767-1768-1769-1770-1771-1772-1773-1774-1775-1776-1777-1778-1779-1780-1781-1782-1783-1784-1785-1786-1787-1788-1789-1790-1791-1792-1793-1794-1795-1796-1797-1798-1799-1800-1801-1802-1803-1804-1805-1806-1807-1808-1809-1810-1811-1812-1813-1814-1815-1816-1817-1818-1819-1820-1821-1822-1823-1824-1825-1826-1827-1828-1829-1830-1831-1832-1833-1834-1835-1836-1837-1838-1839-1840-1841-1842-1843-1844-1845-1846-1847-1848-1849-1850-1851-1852-1853-1854-1855-1856-1857-1858-1859-1860-1861-1862-1863-1864-1865-1866-1867-1868-1869-1870-1871-1872-1873-1874-1875-1876-1877-1878-1879-1880-1881-188